

Neueste Nachrichten

Bezugspreis: 1.50 Rmt. monatlich aus-
schließlich Trägerlohn. Erscheint wochent-
täglich. — Bei Ausfall der Lieferung
ohne Verschulden des Verlags oder
infolge von höherer Gewalt, Streit
etc. kein Anspruch auf Entschädigung.
Für unversandt eingelangte Zuschriften
übernimmt die Schriftleitung keine
Gewähr. — Einzelnummern: 10 Pf.

Preisanzeiger für den Overtaunuskreis

Bad Homburger Tageszeitung und Anzeiger
Bad Homburger Lokal- und Fremden-Blatt

Anzeigenpreis: Die einzeilige 30 mm
breite Nonpareilzeile kostet 20 Pf.
Lokale Gelegenheitsanzeigen nach be-
sonderem Tarif. — Die 88 mm breite
Nonpareil-Wellenzeile kostet 1.—,
zwischen Text 1.50 Rmt. — Erscheinen
von Anzeigen an bestimmten Tagen
und Plätzen nach Möglichkeit aber
ohne Gewähr. — Offertgebühr 50 Pf.

Zugleich Gouzenheimer, Oberstedten-Dornholzhausener, Seulberger, Friedrichsdorf-Köpperner Neueste Nachrichten — Taunus-Post
2707 - Fernsprech-Anschluß 2707 Schriftleitung und Geschäftsstelle: Bad Homburg, Dorotheenstraße 24 Postfachkonto 398 64 Frankfurt-M.

Nummer 293

Mittwoch, den 14. Dezember 1932

7. Jahrgang

Noch keine Weihnachtssruhe.

Politischer Hochbetrieb in Berlin. — Vor wichtigen Entscheidungen. — Die Aufhebung sozialpolitischer Bestimmungen.

Berlin, 13. Dezember.

Wenn auch der Reichstag in Ferien ist, so herrscht doch politisch-parlamentarischer Hochbetrieb. Wichtige Ausschüsse tagen, am Donnerstag tritt der Reichsrat zusammen, der über die letzten Beschlüsse des Reichstags, besonders über die Amnestie, entscheiden soll, am gleichen Tage wird der Reichskanzler im Rundfunk sein Regierungsprogramm darlegen, am Freitag gibt Reichsaußenminister von Neurath im Auswärtigen Ausschuss einen Bericht über die Genfer Verhandlungen, der preussische Landtag hält Sitzung ab, wichtige sozialpolitische Entscheidungen hat die Reichsregierung zu treffen. Wie man sieht, läßt die laufende Woche noch nichts von der Weihnachtssruhe verspüren, die in früheren Jahren schon verhältnismäßig früh einzusetzen pflegte.

Ende des Lohnabbaues.

Nachdem der Reichstag die sozialpolitische Ermächtigung in der Notverordnung vom 4. September aufgehoben hat, kann zwar die Reichsregierung künftig keinen Gebrauch mehr von dieser Ermächtigung machen, die bisher auf Grund der Ermächtigung erlassenen Verordnungen bestehen jedoch weiter, namentlich die am 5. September ergangene Verordnung der Reichsregierung über Lohnabbaumaßnahmen.

Schon bei den Vorverhandlungen über die Regierungs-umbildung waren sich Reichskanzler von Schleicher und die Gewerkschaften darüber einig geworden, daß mit dem Lohnabbauschluß gewacht werden sollte, und der neue Reichsarbeitsminister Dr. Syrup hat sich grundsätzlich zur Aufhebung der Verordnung vom 5. September bereit erklärt.

Gegenwärtig schweben nur noch Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsminister und den Sozialpolitikern der Reichstagsfraktionen im Unterausschuß des Haushaltsausschusses darüber, wie die Übergangsregelung aussehen soll. Diese Übergangsregelung, die im Interesse der Schlichter notwendig ist, weil bei ihnen zahlreiche Streitfälle wegen des Lohnabbaues schweben, und auch im Interesse der Unternehmen, die im Vertrauen auf die Verordnung Aufträge zu niedrigeren Preisen hereingenommen haben, dürfte bald im Unterausschuß zustandekommen.

Im Anschluß daran wird die Regierung selbst ihre vielumkämpfte Verordnung aufheben, ohne daß der Reichstag erneut einberufen werden mußte, um einen Aufhebungsbeschluß zu fassen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages wird sich ferner mit der Notverordnung vom 4. September zu beschäftigen haben, soweit sie nicht bereits aufgehoben ist — hier handelt es sich hauptsächlich um das System der Steuergutscheine — und mit der Verordnung vom 14. Juni, die den Abbau der Sozialrenten brachte. In diesen beiden Fällen liegt eine grundsätzliche Einigung der Parteien mit der Regierung nicht vor, eine Aufhebung der beiden Verordnungen durch die Regierung kommt also nicht in Frage, und ihre Beseitigung könnte nur durch den Reichstag nach seinem Wiederauftritt im Januar erfolgen.

Die Wiederherstellung der Tariftlöhne.

Im Haushaltsausschuß wurde Dienstag nachmittag über die Verhandlungen des Unterausschusses Bericht erstattet über die Aufhebung der sozialpolitischen Verordnung vom September. Die Reichsregierung hat die Erklärung abgegeben,

daß eine allgemeine Ablaufsfrist bis zum 31. Dezember vorgesehen werde, nach der die Tariftlöhne wieder hergestellt werden.

Diese Frist soll für Betriebe, die nachweislich noch Aufträge auszuführen haben, die auf Grund der gekürzten Lohnsätze hereingenommen wurden, und denen nachweislich bei sofortiger Aufhebung der Verordnung ein Schaden entstehen würde, auf Antrag vom Schlichter bis 31. Januar 1933 verlängert werden können. Außerdem habe die Reichsregierung die Absicht, die inzwischen ergangenen Ausführungsverordnungen außer Kraft zu setzen.

Gewerkschaftsvertreter beim Arbeitsminister.

In Auswirkung des kürzlich beim Reichspräsidenten erfolgten Besuches empfing Dienstag der Reichsarbeitsminister Vertreter der christlichen Gewerkschaften. In der Besprechung wurden alle schwebenden sozialpolitischen Fragen eingehend erörtert.

Der Arbeitsbeschaffungskommissar.

Abgrenzung der Befugnisse Dr. Gerekes.

Berlin, 13. Dezember

In der Presse sind verschiedentlich Erörterungen über die Abgrenzung der Befugnisse des Reichskommissars für die Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, enthalten, in denen zum Teil behauptet wird, daß die Auffassung Dr. Gerekes über sein Amt von der der Regierung abweiche.

Wie von unferrieter Seite mitgeteilt wird, ist eine grundsätzliche Regelung der Befugnisse des Arbeitsbeschaffungskommissars bereits erfolgt. Diese Regelung wird in der Kabinettsitzung am Mittwoch endgültig verabschiedet und dann im Rahmen einer besonderen Verordnung der Öffentlichkeit übergeben werden.

Aus dem Haushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte am Dienstag nachmittag seine Verhandlungen fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Ministerialdirigent Dilsch vom Reichsfinanzministerium einige Fragen, die der Ausschuß über den Etat von 1933 gestellt hatte. Im Anschluß an diese Ausführungen fand eine Aussprache statt, als deren Ergebnis der Ausschuß beschloß, daß eine großpolitische finanzielle Aussprache im Haushaltsausschuß ungefähr am 10. Januar beginnen soll.

Die Sozialeinrichtungen.

Um Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni. — Warnungen der Regierung.

Berlin, 14. Dezember.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit den Anträgen, die eine Milderung oder Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni verlangen. Zu Beginn der Aussprache bat Reichsarbeitsminister Syrup, bei den Anträgen über die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni daran zu denken, daß der finanzielle Bestand der sozialpolitischen Einrichtungen von dieser Verordnung abhängt.

Ministerialdirektor Weigert vom Reichsarbeitsministerium wies auf die finanzielle Tragweite der Notverordnung vom 14. Juni für die verschiedenen Zweige der Arbeitslosenhilfe hin. Im Frühsommer dieses Jahres bestand in der gesamten Arbeitslosenhilfe ein Defizit von rund 900 Millionen Mark. Dieses Defizit ist durch die Verordnung vom 14. Juni, und zwar durch Einsparungen und Erhöhung der Einnahmen ausgeglichen worden.

Wenn die vorliegenden Anträge auf Aufhebung der Notverordnung angenommen würden, so würde sich wiederum ein Defizit von 80 Millionen Mark im Monat ergeben. Die geordnete Unterstüßung der Arbeitslosen wäre also nicht mehr gesichert.

Die gegenwärtigen Sätze lägen zweifellos an der unteren Grenze des sozial Vertretbaren und müßten erhöht werden, sobald die wirtschaftliche Lage es irgendwie gestatte. Ebenso könne die Organisation der Arbeitslosenhilfe, wie sie jetzt sei, nicht befriedigen. Zweifelloso werde die Reichsregierung sich um Veränderungen und Milderungen bemühen.

Ministerialdirektor Roh vom Reichsarbeitsministerium stellte

die Finanzlage der Invaliden-, Angestellten-, Knappschäfts- und Unfallversicherung

dar. In der Invalidenversicherung wäre der Fehlbetrag ohne die Notverordnung so hoch geworden, daß das gesamte realisierbare Vermögen zu einer Deckung nicht mehr ausgereicht hätte. Trotz der Auswirkungen der Notverordnung müßte man im Jahre 1933 noch mit einem Fehlbetrag von

125 Millionen bei der Invalidenversicherung rechnen.

Die Angestelltenversicherung habe zwar zurzeit noch erhebliche Ueberschüsse. Da sie aber nicht versicherungstechnisch vollständig gesichert sei, sei auch hier eine Kürzung der Leistungen notwendig.

Die Knappschaftsversicherungen verfielen unter einem außerordentlichen Beitragsausfall infolge Lohnsenkung, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

In der Unfallversicherung stiegen die Umsatzeintragsätze infolge des Rückganges der Lohnsummen stark an. Im Kohlenbergbau habe der Beitragsatz etwa neun Prozent des Lohnes erreicht.

Eine Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni würde für die Sozialversicherung eine Mehrbelastung um rund 300 Millionen jährlich bringen. Die Reichsregierung sei sich bewußt, daß die Notverordnung auch auf dem Gebiete der Sozialversicherung außerordentliche Härten gebracht habe. Beim Erlaß der Notverordnung habe es sich aber um Seln oder Milderungen der Sozialversicherung gehandelt.

Die Reichsregierung werde weiter versuchen, die Härten im Rahmen des Möglichen zu mildern. Die Hauptaufgabe der nächsten Zukunft sei die weitere Sicherstellung der Invalidenversicherung.

Aufhebung der Notverordnung beschlossen!

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschloß am Schluß seiner Debatte mit 24 Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten die Annahme eines sozialdemokratischen Antrages, wonach die Notverordnung vom 14. Juni 1932 „zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung“ außer Kraft zu setzen ist.

Alle anderen Parteien erklärten, sich an der Abstimmung nicht beteiligen zu wollen. Weiter wurde bei Nichtbeteiligung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei ein deutschnationaler Antrag angenommen, wonach auch die Sozialhäften der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 beseitigt werden sollen.

Um die Winterhilfe.

Eine Verbilligungsaktion. — Vor einer Dauerlösung des Reichskabinetts.

Berlin, 14. Dezember.

Die heutige Sitzung des Reichskabinetts wird schon vor- mittags beginnen und wahrscheinlich den ganzen Tag über dauern, da eine ganze Fülle von Beratungsgegenständen zur Beratung steht. Dazu wird auch die Winterhilfe gehören.

Sie kann aus finanziellen Gründen nicht nach den vor- einigen Tagen gefassten Beschlüssen des Ausschusses durch- geführt werden. Die Reichsregierung hat aber sehr stark das Bedürfnis, eine Hilfe zu organisieren, die der Not der Erwerbslosen entgegenkommt.

In den letzten Tagen haben deshalb zwischen den betei- ligten Ressorts eine Reihe von Verhandlungen stattgefun- den, deren Ergebnis nun dem Reichskabinet unterbreitet werden wird. Es basiert in erster Linie auf einer Verbil- ligungsaktion, wie sie früher schon für Fleisch angewandt worden ist. Dazu werden diesmal wahrscheinlich noch Kohle und vielleicht auch Brot und eine Reihe ande- rer Lebensmittel kommen.

Leider wird es aber kaum noch möglich sein, die Orga- nisation für diese Hilfsaktionen so sehr zu beschleunigen, daß noch vor Weihnachten mit der Verwirklichung gerechnet werden kann.

Es sind nämlich eine Reihe komplizierter organisatorischer Maßnahmen notwendig. Die Reichsregierung legt aber größ- ten Wert darauf, das, was sie tun kann, möglichst zu be- schleunigen.

Rücktritt der belgischen Regierung.

Brüssel, 14. Dezember.

Ministerpräsident de Broqueville teilte im Ministerrat mit, daß er dem König seine Demission überreichen wird. Damit ist das Kabinet zurückgetreten. Seine letzte Amtshandlung war die Entscheidung über die Schuldentilgung an die Vereinigten Staaten.

Aus Heilen und Nassau.

Frankfurt a. M. (Frankfurter Maßnahmen gegen die Not.) Zum Ausgleich von Härten, die durch die seit Anfang Oktober durchgeführte Richtfahnenkung in Einzelfällen entstanden sind, ist das Fürsorgeamt ermächtigt worden, nach individueller Prüfung im Einzelfall ergänzende Beihilfen durch Sachleistungen zu gewähren. Dieser Übergangshärteausgleich für die Wintermonate soll vor allem kinderreichen Familien zugute kommen. Die Beihilfe erfolgt durch Gutscheine, durch die den in Frage kommenden Unterstützungsempfängern ermöglicht werden soll, sich je nach Bedürfnis im Einzelfall mit Lebensmitteln, Rohlen, Wäsche, Schuhen oder Kleidung zu versorgen. Der Magistrat hat sich überdies an den Deutschen Städtetag gewandt, damit dieser bei den Reichs- und Staatsstellen für generelle Maßnahmen zur Verbilligung von Lebensmitteln, insbesondere Fleisch und von Brennstoffen eintritt.

Frankfurt a. M. (Amnestie und Frankfurter Gericht.) Die Annahme der Amnestieanträge im Reichstag, die noch der Zustimmung des Reichsrats und des Reichspräsidenten bedürfen, wirkt sich bereits in der Strafrechtspflege aus. Vor der Großen Strafkammer sollte eine Verhandlung gegen den Redakteur der „Arbeiterzeitung“ wegen Beleidigung stattfinden, zu der eine Reihe auswärtiger Zeugen geladen war, um ein Bild von den von den Kommunisten in Groß-Gerau bewirkten Vorgängen gewinnen zu können. Im Hinblick auf die Annahme der Amnestieanträge wurde der Termin vorläufig aufgehoben.

Frankfurt a. M. (Festnahme eines Darlehensbetrügers.) Von der Frankfurter Polizei wurde der 25jährige Vertreter Georg Claus aus Allendorf festgenommen. Claus lebte davon, daß er Darlehenssuchende die sich auf seine Offerten an ihn wandten, übertriebenen Gebühren für seine Vermittlerfähigkeit abnahm, ohne jedoch dann auch nur in einem Falle wirklich ein Darlehen zu beschaffen. Claus, der bereits wegen Betrugs verurteilt ist, hat sich auch in mehreren Fällen der Zechprellerei schuldig gemacht.

Frankfurt a. M. („Billige“ Weihnachts-einkäufe.) Um für das Weihnachtsgeschäft „billig“ einkaufen zu können, kam ein 46jähriger Mann aus Lauda nach Frankfurt a. Main. Er besuchte hier mehrere Einzelhandelsgeschäfte und entwendete zahlreiche Gegenstände. Als er gerade mit seinen „Einkäufen“ fertig war, konnte er festgenommen werden. In seinem Besitz wurden für etwa 20 Mark gestohlene Waren gefunden. Weiter wurde eine Radendlebin festgenommen, die auf die gleiche Art und Weise ihre „Einkäufe“ besorgte. Auch bei ihr konnten Sachen, die in verschiedenen Geschäften entwendet waren, beschlagnahmt und später den Eigentümern wieder ausgehändigt werden.

Frankfurt a. M. (Der Bestohlene beschenkt den Dieb.) Vor Gericht standen zwei junge Leute, die einen Autodiebstahl begangen hatten. Der Bestohlene, der der Verhandlung als Zeuge beizuhöhen, war glücklicherweise wieder zu seinem Eigentum gekommen. Das Gericht hielt die Sache mehr für einen Dummeneinbruch als einen ernsthaften Diebstahl und erkannte auf Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten. Als die Ehefrau des einen darum bat, dem Mann einige Zigaretten geben zu dürfen, gab der Richter seine Zustimmung. Da fand sich zur Ueberbrückung aller Anwesenenden auch der Bestohlene mit der Bitte ein, den Angeklagten je eine Schachtel Zigaretten schenken zu dürfen, was unter Heiterkeit genehmigt wurde.

Frankfurt a. M. (Ein Ermittlungsverfahren gegen einen Pfarrer.) Die Staatsanwaltschaft hat gegen den evangelischen Pfarrer G. Probst in Frankfurt-Oberndorf ein Ermittlungsverfahren wegen Vergehens gegen Paragraph 11 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 eingeleitet. Der Pfarrer steht im Verdacht, sich der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten durch einen in dem kirchlichen Organ „Der Sonntagsgruß“ gebrachten Artikel zur Klosterrückkehr schuldig gemacht zu haben.

Frankfurt a. M. (Der Raubüberfall auf einen Kinoleiter.) Zu dem Raubüberfall auf den Kaufmann Julius Birnbaum am Sonntagabend in der Krögerstraße wird noch bekannt: Der Kaufmann Julius Birnbaum, der drei Frankfurter Lichtspielhäuser leitet, pflegt mit seiner Ehefrau allabendlich die gesamte Tageseinnahme der drei Kinos in einer Aktentasche nach Hause zu tragen. Am Sonntag, wo die Einnahmen besonders hoch waren, befand sich Birnbaum in Begleitung seiner Frau und hatte gerade den Eingang seines Wohnhauses erreicht, als von zwei Seiten Männer auf sie zusprangen. Die Räuber trugen schwarze Larven und hielten den überfallenen Blindelaternen, vermutlich Fahrradlampen, vors Gesicht. Der Überfall geschah so plötzlich, daß der Kaufmann widerstandslos sich die Tasche entreißen ließ. Ein Räuber überkletterte darauf eine Mauer, während der andere direkt durch die Toreinfahrt flüchtete. Das sofort alarmierte Ueberfallkommando konnte die Täter bisher nicht ermitteln.

Frankfurt a. M. (Gegen die Aufhebung des Schöffengerichts Höchst.) Nach einem Erlaß des preußischen Justizministers soll die Entscheidung in den zur Zuständigkeit des Schöffengerichts Höchst gehörenden Strafsachen (mit Ausnahme der Jugendsachen) aus den Bezirken der Amtsgerichte Höchst und Königstein auf das Amtsgericht Frankfurt übertragen werden. Gegen diese Maßnahme ist namentlich im Stadtteil Höchst und den früher zum Kreis Höchst und dem Hilfskreis Königstein gehörenden Ortschaften Protest erhoben worden. Auch der Frankfurter Magistrat hat sich an den preußischen Justizminister gewandt und in einer Eingabe darauf hingewiesen, daß für die Bevölkerung durch die Verlegung erhebliche Nachteile entstehen, insbesondere große Verluste an Zeit und Geld durch die Erleichterung des Erreichens der Gerichtsstelle.

Weingauten. (Ein Amtsgericht soll verkauft werden.) Durch die Ortschelle wurde im benachbarten Meerholz bekannt gegeben, daß das Gebäude des früheren Amtsgerichts verkauft werden soll. Leider dürfte es schwer fallen, am Ort selbst einen Interessenten zu finden, da mit der Uebernahme des Gebäudes erhebliche Aufwendungen für Reparaturen verknüpft sind. Das Amtsgericht war bekanntlich auf Grund der Notverordnung aufgelöst und dem Amtsgericht Weingauten angegliedert worden.

Wetterbericht.

Das europäische Hochdruckgebiet hat sich verstärkt. Im Donnerstag und Freitag ist Fortdauer der trockenen und kalten Witterung zu erwarten.

Aus Oberursel

Die Straßenbeleuchtung. Im Rahmen der durch die schlechte Wirtschaftslage bedingten Sparmaßnahmen, haben sich die Kommunen veranlaßt, die Straßenbeleuchtung weitestgehend einzuschränken. Sie erzielen hierdurch zweifellos gewisse Ersparnisse, die aber, an dem Gesamtertrag gemessen, verschwindend gering sind. In keinem Verhältnis stehen diese Ersparnisse zu den Gefahren, die damit für Eigentum und Leben des Staatsbürgers heraufbeschworen werden. Die Reduzierung der Straßenbeleuchtung ist bereits schon soweit fortgeschritten, daß die Sicherheit sogar in den Großstädten in Frage gestellt ist. Die Verbände fühlen sich der Allgemeinheit gegenüber verpflichtet, auf diesen Uebelstand besonders hinzuweisen. — In den letzten Jahren ist die Zahl der Straßenverkehrsunfälle und die Häufigkeit der durch Fahrzeuge aller Art verursachten Unglücksfälle infolge der überall durchgeführten Verkehrsregelung und der allmählichen Gewöhnung des Publikums nicht unbeträchtlich zurückgegangen. Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß diese erfreuliche Entwicklung zum Stillstand kommen muß, wenn die Kommunen sich nicht dazu entschließen, die Straßenbeleuchtung in dem vor den Sparmaßnahmen gewohnten Umfang wieder einzuführen. Es läßt sich beobachten, daß die Abnahme der Straßenverkehrsunfälle in letzter Zeit in keiner Weise mit der überaus starken Schrumpfung des Kraftverkehrs Schritt hält. Im besonderen haben die Straßenverkehrsunfälle in den Wintermonaten gegenüber denen im Sommer, wo der Verkehr am größten ist, relativ am wenigsten abgenommen. Besonders bedenklich muß stimmen der Schaden, den die persönliche Sicherheit des Staatsbürgers in erschreckendem Maße erlitten hat. Es vergeht kaum ein Tag, wo nicht mehrfach über Autodiebstähle, Einbrüche, Ueberfälle auf Passanten usw. berichtet wird. Zweifelloso hat eine Zeit steigender Armut und Not sowie politischer Höchstspannung an sich ein Anwachsen der Kriminalität zur Folge. Eine umso vorrangigere Aufgabe muß es daher für jede Gemeinde sein, nichts unerforscht zu lassen, was die gefährdete Sicherheit wieder erhöht. In diesem Zusammenhang dürfen wir hinweisen, durch das zweifelloso bekannte Reichsgerichtsurteil (Urteilzeichen 4, 276/29 vom 24. 10. 1929) die Haftung der Kommunen für Schäden, die wegen mangelhafter Straßenbeleuchtung verursacht sind, festgestellt ist. — Die Verbände erblicken in einer ausreichenden Beleuchtung der Straßen ein hervorragendes Mittel, um die Sicherheit des Verkehrs und den persönlichen Schutz in den Städten und Gemeinden zu heben. Sie hoffen, daß die kommunalen Verbände sich dem Ernst des der Eingabe zugrundeliegenden Tatsachenmaterials nicht verschließen werden und sprechen die Bitte aus, den Mitgliedern die Wiedereinführung der Straßenbeleuchtung in vollem Umfang anzurufen.

Reichsbaudarlehen zur Förderung des Eigenheimbaues. Die Bestimmungen über die Bewilligung von Reichsbaudarlehen zur Förderung des Eigenheimbaues liegen jetzt vor. Dieselben können bei dem Kreisaußschuß Bad Homburg, Zimmer 17, eingesehen werden. Aufträge auf Bewilligung eines Reichsbaudarlehens sind umgehend bei der oben genannten Stelle einzureichen. Für Anträge von Bauwüsten aus der Stadtgemeinde Bad Homburg ist der Magistrat der Stadt Bad Homburg zuständig.

Ueber die Höhe der Verzugszinsen äußert sich ein erst jetzt bekanntwerdender Erlaß des Reichsfinanzministers vom 25. Mai 1932 — S. 2030 — 20/32 P. 11/III. Für Steuern, für die Verzugszinsen und nicht Verzugszuschläge erhoben werden (Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer, Wertzuwachssteuer und indirekte Steuern), werden 12 Prozent jährlich nur dann berechnet, wenn die nicht rechtzeitige Zahlung auf Verschulden oder Fahrlässigkeit des Steuerpflichtigen beruht. Trifft den Schuldner kein Verschulden, so werden nur 5 Prozent erhoben.

Heiligabend im Rundfunk. Es weihnachtet langsam allenthalben. Auch der Rundfunk beginnt, sich langsam in seinem Programm auf das schöne Fest einzustellen und bietet in der letzten Vorweihnachtswoche eine reiche Auswahl von Darbietungen, die auf das heilige Christfest abgestimmt sind. Den Höhepunkt erreicht diese weihnachtliche Programmgestaltung naturgemäß am Samstag, 24. Dezember. Am heiligen Abend leitet der Südwestfunk seine weihnachtlichen Darbietungen mit einer Uebertragung der Weihnachtsfeierstunde im bischöflichen Priesterseminar zu Fulda um 4 Uhr nachmittags ein. Um 7 Uhr abends wird dann — was schon zur Tradition im Frankfurter Rundfunk wurde — Ludwig Thomas schlichte, aber tiefinnerlich wirkende Erzählung: „Heilige Nacht“ von Ben Spanier gelesen. Auch die deutschen Weihnachtsglocken von dreißig deutschen Doms, die in einer von Carl Stueber geleiteten Hörfolge um 9 Uhr abends im Südwestfunk erklingen werden, stellen eine Wiederholung, aber zugleich auch eine Erweiterung einer schon im letzten Jahr an Weihnachten gebrachten Veranstaltung dar. Wie sehr gerade diese Darbietung gefallen hat, mag daraus ersichtlich sein, daß fast sämtliche deutschen Sender dieses „Lied der deutschen Weihnachtsglocken“ übernehmen werden. Im weiteren Verlauf des Abends werden dann die Hörer alpenländische Weihnachten, Weihnachtsbräuche im Schwarzwald und Weihnachtsfeiern Deutscher in Amerika miterleben können. Den Abschluß des Programms bildet die Mitternachtsmette im Kloster zu Weingarten.

Aus dem Bad Homburger Stadtparlament.

Um die Seedammbad G.m.b.H. — Noch keine Weihnachtsbeihilfe. — Verlängerung der Amtszeit von Stadtbaurat Dr. Vipp.

In der gestrigen Stadtparlamentssitzung waren 25 Stadtparlamentäre anwesend; am Magistratschef Belg. Dr. Vipp sowie die Stadträte Dr. Rüdiger, Schollner, Quirmbach, Simon und Gill. Der Vorsitzende Schollner eröffnete um 20.30 Uhr die Sitzung, sogleich in die Tagesordnung einleitend.

1. Einführung des anstelle des aus dem Stadtparlament ausgeschiedenen Herrn Schollner in das Stadtparlament einsetzenden Herrn Schlossermeister Alfred Dösel.

Stadtparlamentarvorsitzer Schollner begrüßte in herzlichen Worten Herrn Schlossermeister Dösel als neues Mitglied der Versammlung. Herr Dösel trete zu einer Zeit in das Stadtparlament, die wohl die schwerste sei, die dieses Haus je habe durchmachen müssen. Besonders sei Herr Dösel als Vertreter des Handwerks willkommen. Die Stadt Homburg sei schon immer bestrebt gewesen, ein besonderes Augenmerk dem Handwerk zuzuwenden. Und so sei es erfreulich, in Herrn Dösel wiederum einen Sachverständigen und Ratgeber innerhalb des Parlaments zu besitzen. Natürlich gingen die Pflichten eines Stadtparlamentarvorsitzenden weit über die seines Berufsstandes hinaus. Der Stadtparlamentarvorsitzer habe über das Wohl und Wehe der gesamten Gemeinde zu wachen und sich für die Wahrung der Geschäftsordnung des Stadtparlaments einzusetzen. Herr Dösel wurde sodann durch den Vorsitzenden durch Handschlag verpflichtet und gebeten, bei seinen Freunden (DVP.) Platz zu nehmen.

Um die Winterbeihilfen.

Sto. Kiedel (Kom.) erhob sodann zur Geschäftsordnung das Wort. Er wies auf den in letzter Plenumsitzung einstimmig angenommenen Antrag auf Gewährung einer Winterbeihilfe hin. Der Antrag sei vom Magistrat deshalb nicht zur Durchführung gekommen, weil ihm nach einer inzwischen in Kraft getretenen Notverordnung nicht die notwendigen Deckungsvorschläge beigegeben worden seien. Die Kommunisten hätten deshalb gefordert, daß die Deckung dadurch ermöglicht werde, daß alle Vermögen von 100000 RM. an aufwärts mit einer 10%igen Sonderabgabe bedacht werden. Dieser Antrag sei wiederum zurückgeschickt worden, da er nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspräche. Aus diesem Grunde beantrage die kommunistische Fraktion nun, daß abermals im Plenum über den Fall Winterbeihilfe eine Diskussion eröffnet werde.

Vorsitzender Schollner bestätigte im großen und ganzen das von seinem Vorredner geschäftsmäßig Gefagte. Nach § 9 der Notverordnung vom 2. November zur Sicherung der Haushalte der Länder und Gemeinden sei der Kiedel'sche Antrag ungegültig.

Belg. Dr. Vipp ist der Auffassung, daß in den Reichstagsausschüssen — was ja durch die Presse zur Genüge bekanntgemacht worden sei — derart viel über die Winterbeihilfe gesprochen worden sei, daß eine nochmalige Debatte im Stadtparlament wahrlich überflüssig erscheine. Der Homburger Antrag sei dem Bezirksfürsorgeverband ordnungsgemäß weitergeleitet worden. Bezüglich der geforderten Wärmeheile leiste der Beigeordnete auf Anfrage des Sto. U. Schmidt (Soz.) mit, daß man sich in dieser Angelegenheit mit dem staatl. Hochbauamt in Verbindung gesetzt habe, dieses aber ablehnend antwortete. Daraufhin habe man den Regierungsveräsidenten über den Fall verständigt, von dieser Seite aber bis heute noch keine Antwort bekommen.

Nachdem Sto. Kiedel gegen die heutige Notverordnungspolitik polemisierte, die zur völligen Ohnmacht der Stadtparlamente geführt habe, findet die Diskussion ihren Abschluß. Ueber eine vom Sto. Kiedel sodann beantragte Umstellung der Tagesordnung, nämlich den vorgesehenen Punkt „Wohlfahrtsfrage“ in öffentliche Sitzung zu nehmen, soll nach Abschluß der Tagesordnung beraten werden.

2. Straßenanliegerbeiträge Trift- und Heuchelheimerstraße.

Nachdem sich die letzte Stadtparlamentssitzung bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt hatte, ging die Vorlage an die Vereinigten Ausschüsse. Diese haben nun beschlossen, daß die Anlieger pro laufenden Meter 20 RM. in fünf Jahresraten bezahlen, während der Restbeitrag gestundet wird.

Sto. Kiedel (Kom.) spricht mit Entschiedenheit gegen diese Lösung. Er und seine Freunde wünschen, daß die Fälle der in Frage kommenden Beiträge vorweg niedergeschlagen würden.

Sto. U. Schmidt (Soz.) teilt der Meinung seines Vorredners insofern entgegen, weil er hierin für Anlieger anderer Straßen dann gewisse Ungerechtigkeiten erblicke. Der Auswahlantrag wird schließlich angenommen.

3. Änderung des Gebührenkatalogs des Schlachthofes.

Es handelt sich hier nur um eine formelle Beschlußfassung. Einer Abänderung des Absatzes 2 der Gebührenordnung wird debatteloses zugestimmt.

4. Weiterführung der Seedammbad G.m.b.H.

Sto. W. Schmidt (Dntf.) gibt als Berichterstatter zur Kenntnis, daß sich die Vereinigten Ausschüsse mit der Vorlage eingehend beschäftigt hätten. Wie in einer Aufsichtsratsitzung der Seedammbad G.m.b.H. festgestellt wurde, sei es trotz guter Frequenz des Bades in Anbetracht der reduzierten Preise nicht möglich gewesen, das Gesellschaftskapital zu erhalten. Die Vereinigten Ausschüsse haben nun mit Mehrheit beschlossen, daß die Stadt das Seedammbad mit oder ohne Konkurrenz mit Ueberleitung der ersten Hypothek in Höhe von 70000 Mark übernimmt mit der Maßgabe, daß zukünftige

Ueberschüsse mit 50 Prozent der Stadt, zu 50 Prozent den übrigen Gläubigern bis zur Deckung ihrer Forderungen anteilmäßig sollen. Der Ausschubsantrag wird ohne Debatte angenommen.

Der Vorstehende gibt sodann von einem Antrag der Deutschen Volkspartei Kenntnis, nach dem nach dem Ausscheiden des Herrn Schollner aus dem Stadtparlament dessen Mitgliedschaften in den verschiedenen Ausschüssen an die verschiedenen volksparteilichen Stadtverordneten abgetreten worden seien. Das Haus nimmt weiter von einer Entschädigung des Grund- und Hausbesitzvereins bezüglich Ermäßigung der Grundvermögenssteuer etc. Kenntnis und leitet diese Eingabe befürwortend an den Magistrat weiter.

Interpellationen.

Stv. J. H. Denfeld (Soz.) fragt an, wie weit der Holzschlag gediehen sei.

Beig. Lipp erklärt, daß jetzt 900 Familien mit Holz versorgt werden können, und zwar beginne man mit der Verteilung bereits Montag, den 19. Dezember. Die älteren Leute (Sozial- und Kleinrentner) sollten den naheliegenden Airdorfer Wald zugeleitet bekommen. (Nächstes siehe heutige Bekanntmachung). Gegen 21,30 Uhr war die öffentliche Sitzung beendet.

In der Geheimföhrung

wurde zunächst der oben erwähnte Aledelantrag in Sachen Mbbelaffäre beraten, seine Behandlung in öffentlicher Sitzung wurde abgelehnt. U. a. wurde dann in der Geheimföhrung Beigeordneter Stadtbaurat Dr. Lipp, nachdem seine Amtszeit in Kürze abgelaufen sein wird, auf weitere 12 Jahre zum befristeten Beigeordneten der Stadt gewählt. Wegen vorgerückter Zeit wurde sodann die vorgelegene Aussprache über den Aledelantrag vertagt.

Aus Bad Homburg

Stadtbaurat Dr. Lipp.

Das Stadtparlament wählte in seiner gestrigen Geheimföhrung Herrn Beigeordneten Stadtbaurat Dr. Lipp, nachdem seine Amtszeit in Kürze abgelaufen sein wird, auf weitere 12 Jahre zum befristeten Beigeordneten der Stadt Bad Homburg. Dr. Lipp war bekanntlich, ehe er vor 14 Jahren zum Stadtbaurat berufen wurde, in den Städten Barmen und Berlin tätig. Bis zum Jahre 1911 gehörte er dem hiesigen Staatsdienst an, wo er insbesondere mehrere Jahre als Regierungsbaumeister der staatl. Baubehörde für die Neubauten in Bad Nauheim zugeleitet war. Von seiner hiesigen Tätigkeit zeugt eine große Zahl von Neubauten aller Art. Die an der Peripherie der Stadt gelegenen Siedlungsbauteilen über die wir uns schon recht oft in unseren Spalten ausließen, sind Werke Dr. Lipp, auf die nicht nur deren Schöpfer, sondern die gesamte Einwohnerschaft Homburgs stolz sein darf. Die Redaktion der „Bad Homburger Neuzeit Nachrichten“ will bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, Herrn Baurat Dr. Lipp, der bekanntlich Vetter der von ihm vor Jahresfrist gegründeten Magistrats-Pressstelle ist, für sein Wohlwollen, das er stets der Presse entgegenbringt, zu danken, und wir wünschen ihm zum Start zur neuen Epoche seiner homburger Wirksamkeit weiterhin Glück und Erfolg.

Dankbericht und Weihnachtsbille der Winterhilfe, Bad Homburg. In der ersten Küche der Winterhilfe im Haus des Vaterländischen Frauenvereins wird täglich an über 175 Personen ein kräftiges und reichliches Mittagessen ausgegeben. Am 2. Januar werden auch die Küchen in der Kellerei- und Hölzerlschule wieder eröffnet. Inzwischen sind an bedürftige Familien in diesen Bezirken Lebensmittel verteilt worden, etwa 100 Ztr. Kartoffeln und 25 Ztr. Gemüse; Brotscheine konnten ausgegeben werden (für die u. a. ein hiesiger Arzt 25 Mark spendete), auch Gutscheine für Fett, die wieder die hiesige Metzgerei zur Verfügung gestellt hatte, u. a. Aus den der Winterhilfe von privater Seite geschenkten Aledungsstücken ist schon viel verteilt worden; mit neuen Schuhen haben auch hiesige Geschäfte wie Kern und Strauß erfreut, von 2 Damen ist neuer Wäschehoff gestiftet worden; Aledheitswörter gebührt Dank für Holz und Eier und Herrn v. Rosenbergs für 100 Ztr. Briketts. — Und für wieviel Gaben sonst und vor allem für wieviel tätige, unermüdete, opferfreudige Mitarbeit hat die Winterhilfe zu danken. Viele angestellte Kräfte könnten das nicht schaffen, was hier in der Stille mit stiller Selbstverständlichkeit aus Menschen- und Vaterlandsiebe geleistet wird. Und doch ist alles viel zu wenig angesichts der unsagbar großen Not in vielen Familien. Wir wissen wohl, daß in diesem Winter „Geben“ „Opfern“ heißt. Aber wir hoffen doch, daß gerade jetzt zu Weihnachten diese freiwilligen Opfer für fremde große Not gern gebracht werden von allen, die überhaupt in der Lage sind, ihren Lieben zu Hause einen, wenn auch bescheidenen Gabenlist zu decken. — Wir bitten dringend um weitere Gaben jeder Art, vor allem auch um Schuhe und Männerkleidung und um besondere Weihnachtsgaben an Geld und Lebensmitteln. Alle Gaben können Hölzerlschule 12 abgegeben werden. Wenn Abholung gewünscht wird, genügt Postkarte oder telefonischer Anruf unter Nr. 3090. Allen aber empfehlen wir das Postcheckkonto der Winterhilfe Frankfurt a. M. 32639 zu einer Weihnachtspende!

Aurhaus-Theater. Morgen, Donnerstag, den 15. Dez., kommt als erste klassische Operette der diesjährigen Spielzeit „Wiener Blut“ in 3 Akten von Johann Strauß zur Aufföhrung. Das berühmte Werk mit seiner wundervollen, unerreichten Musik, der nur des gleichen Komponisten „Fledermaus“ an die Seite

zu setzen wäre, wird in einer gefänglich besonders ausgefeilten Vorstellung den Homburger Theaterfreunden vorgeführt. Gerade in den klassischen Operellen überwiegt ja das Gesangliche, wenn selbstverständlich auch stets die leistungsfähige, lebenswichtige Handlung das Ihre zum Erfolg beizutragen bereit ist. Die Walzerklänge des „Wiener Blut“ schmelzen sich in unser Ohr ein, wir folgen willig der wundervollen Musik, die das Ganze fast auf Opernniveau hebt. Unter der Spielleitung von Emmerich Nofeda und der musikalischen Leitung von Eugen Neß sind in den Hauptpartien beschäftigt die Damen Aorlschau, Kuhl, Lehnberg und die Herren Bischoff, Hannak, Nofeda und Staré.

Frankfurter Schauspielhaus. Die für Sonntag, den 18. Dez., geplante Aufföhrung des Frankfurter Schauspielhauses von Carl Zuckmayers „Hauptmann von Koepenick“ wird wegen Erkrankung im Personal auf den 2. Weihnachtseierlag nachm. 15 Uhr verlegt. Es gelten die kleinsten Preise (RM. —,35 bis 2,40). — Am 1. Feiertag wird zum Abschluß des Goethejahres „Faust I. Teil“ zum letzten Male gegeben. Diese Aufföhrung beginnt um 17 Uhr. Ende 22 Uhr. Preise RM. —,70 bis 4,80 (Parkett). — Am 2. Weihnachtseierlag, abends 20 Uhr, geht „Der Verschwender“ von Ferdinand Raimund, mit der Musik von Konradin Kreutzer, der mit größtem Beifall aufgenommen wurde, in Szene. Preise RM. —,70 bis 4,80 (Parkett). Anfang 20 Uhr, Ende 23 Uhr.

Fahrraddiebstahl. Ein in der unteren Luisenstr. abgestelltes Damenfahrrad wurde gestern in Abwesenheit der Besitzerin von einem unbekannten Täter gestohlen.

Kellpa. Programm ab heute bis einschließlich Sonntag: „Drei von der Kavallerie“, ein hervorragender Milläronfilmchwank.

— **Billige Glückwunschtelegramme.** Zu Weihnachten und Neujahr befördert die Deutsche Reichspost innerhalb Deutschlands und im Verkehr mit deutschen Schiffen in See Glückwunschtelegramme über ihre Rüstfunkstellen sowie mit zahlreichen außerdeutschen Ländern. Die Glückwunschtelegramme werden vom 14. Dezember bis 6. Januar angenommen, die Post läßt sie den Empfängern am Weihnachtseierabend bzw. am Silvesterabend oder am 1. Weihnachtseierabend bzw. am Neujahrstage zustellen; die später einliefernden gleich nach der Ankunft. Man kann für die Telegramme — ausgenommen nach einigen fremden Ländern — feste, auch fremdsprachige Texte benutzen, die bei den Telegrammannahmestellen in reicher Auswahl ausliegen; im deutschen Verkehr kann man ferner einer festen Fassung noch eigene Worte anfügen. Die Gebühren betragen im inneren deutschen Verkehr 75 Pfennig (im Ortsverkehr 50 Pfennig), wofür 10 Gebührensätze gestattet sind. Jedes weitere Wort kostet 5 Pfennig. Im Verkehr mit deutschen Schiffen in See werden für jedes Wort 40 Pfennig erhoben. Im Auslandsverkehr sind die Gebühren nach den einzelnen Ländern verschieden. Sie betragen einhalb bis ein Drittel der vollen Sätze.

— **Auch die Vögel nicht vergessen!** Der Winter hat seine Einkehr und auf die Zeiten der Lust und Freude für unsere treuen Winterlandvögel folgen Tage der Not und Entbehrung. Der Hunger hat die Vögelchen aus den Wäldern in die Nähe der Städte und Dörfer getrieben, und sie bitten edelstehende Menschen um Futter. Man reiche ihnen in erster Linie ölhaltige Samen, wie Hanf, Mohn, Sonnenblumenkerne und Leinsamen, Rübsamen wird verschmäht. Sehr willkommen ist allen Vögeln zerriebenes Weizenbrot; doch sollte daselbst nicht feucht werden. Schwarzbrot sollte nicht gefüttert werden; nach geworden geht das Letztere in Gärung über und wirkt gesundheitschädigend. Willkommen sind auch Amseln, Amselchen, Kestchen und namentlich den Weisen ungeschätzte Spechtstücken und „Saunabel“, je größer, desto besser. Getreidekörner mit Ausnahme des Hafers sind im allgemeinen wegen ihrer Härte wertlos und kommen nur den Finken, Haubenlerchen und Spähen zugute.

80 Jahre Römisch-Germanisches

Zentralmuseum.

Die große Altertumsammlung in Mainz.

Als Schwesterinstitut zu dem Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg, das die Kunst- und Kulturgeschichte Deutschlands im Mittelalter und der Neuzeit vorführt, ist gleichzeitig mit diesem im Jahre 1852, also vor genau 80 Jahren, das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz gegründet worden. Sein Sammelprinzip ist in seinen Satzungsn nachfolgendermaßen festgelegt:

„Das Museum hat die Aufgabe, die Denkmäler der deutschen Urgeschichte bis zur Zeit Karls des Großen und die der auswärtigen Kulturen, insbesondere der römischen, die mit dem Werden der Kultur auf deutschem Boden in Zusammenhang stehen, in Originalen und Nachbildungen zu einer Studien- und Lehrsammlung zu vereinen und der Wissenschaft wie der Volksbildung nutzbar zu machen.“

Das Museum hat den Charakter einer Stiftung und erhält Zuschüsse vom Reich, von Hessen und von der Stadt Mainz. Ersteres trägt die Hauptkosten (10 Vierzehntel des Bedarfs). Das zahlenmäßige Überwiegen der Nachbildungen (32 000 Nachbildungen und 23 000 Originale) liegt von vornherein im Sammelprinzip des Museums begründet, denn eine systematische Zusammenstellung der wichtigsten Funde von deutschem Boden, die im Original im Besitz der verschiedenen staatlichen und städtischen Museen sind, ist nur in Nachbildungen möglich. Der derzeitige Bestand ist auf die Schatzkammer des Kurfürstlichen Schlosses, die dem Publikum täglich geöffnet sind, eine Studien- und Lehrsammlung im sogenannten Sautanzgebäude, die nur dem Fachmann zugänglich gemacht wird, und eine Verkaufsausstellung im Lehmhütchenhaus des „Instituts für Völkergeschichte“ auf der Zitadelle aufgeteilt. Als Ergänzung hierzu ist ein „Bildarchiv“ eingerichtet, in dem farblich geordnet in erster Linie Abbildungen von solchen Stücken gesammelt werden, die weder im Original noch in Nachbildungen im Museum vertreten sind (heute gegen 12 000 Blatt). Eine Werkstatt mit fünf geschulten Spezialarbeitern ist damit beschäftigt, Altertumsfunde, die aus allen Teilen Deutschlands eingeleitet werden, zu konservieren und Nachbildungen in Gips oder Metall für das eigene Museum und für andere herzustellen. Veröffentlichungen verschiedener Art haben den Zweck, das Museum wissenschaftlich und volksbildnerisch auszuwerten.

Buntes Mosaik.

Der Ehemann im Badofen

Man mag ohne weiteres einsehen, daß Erziehung manchmal nicht so einfach ist und eine exemplarische Strafe die Wirkung oft vertieft. Aber auch der radikalste Anhänger und Befürworter der körperlichen Züchtigung wird zugeben müssen, daß die heißblütige italienische Gattin, von der diese Meldung erzählt, in ihren Befugnissen zu weit gegangen ist. Es gehört nun einmal nicht zum „trauten Familienverehr“, wie ihn auch Frau Giacalone — so hieß die „Frei“ — beschaffen hatte, dem Gatten nach dem Leben zu trachten und dazu mit so verwerflichen Mitteln, wie sie bis jetzt höchstens in Phantasielgeschichten vorkamen. Bei einem häuslichen Zwischenfall verspürte Frau Giacalone keine Lust, einen Wortwechsel mit ihrem Gatten mit geistigen Waffen zu Ende zu führen; deshalb padte sie ihren holden Rameaden, der ihr, wenn auch indigniert, so doch in treuer Pflichterfüllung in der Badstube das Brot anreichte, stemmte ihn ein paarmal in die Luft und stieß ihn dann in den glühenden Badofen, den der Gatte vorher selbst zurecht gemacht hatte. Dann wurde der Ofen geschlossen und Frau Giacalone zog sich seelenruhig zurück, während ihr Gatte im Ofen Feuer fing. Aber bei der grausamen Tat hatte sie nicht mit der kräftigen Stimme des Gatten und dem feinen Gehör der Nachbarinnen für „Familienvorgänge“ gerechnet. Die Damen aus der Nachbarschaft, die die „Unterhaltung“ schon länger verfolgt hatten, hörten bald das verzweifelte Brüllen des unglücklichen Gatten, der bereits bis aufs Hemd verbrannt war, als man endlich den Badofen öffnete. Der Mann war durch das Erlebnis in wenigen Minuten schl geworden, die Haare waren nämlich ebenso wie die Kleider in dem mit Reißig gut geheizten Ofen im Nu verbrannt. Sonst hatte das „Opfer der Ehe“ den Vorfall noch leidlich überstanden. Er war noch soviel bei Bewußtsein, daß er der Polizei genügend Angaben machte, damit man seine Frau verhaften konnte.

Der Trieb nach dem Jordan.

Das englische Konsulat in Warschau machte dieser Tage die Feststellung, daß mehr als 2000 polnische Juden, denen es ein Einreisevisum für das gelobte Land ausgestellt hatte, nicht mehr nach Polen zurückkehrten. Die Untersuchung der Angelegenheit ergab folgendes: Im letzten Sommer hatten mehrere jüdische Zeitungen in Warschau für ihre Glaubensgenossen „Studienfahrten“ nach dem Jordan veranstaltet, die eine überraschend hohe Beteiligungsziffer aufwiesen. Für 3000 Personen besorgte man Einreisevisum beim britischen Konsulat; Palästina ist bekanntlich englisches Mandatsgebiet. Die Juden, die das Land ihrer Väter wieder sahen, fühlten sich dort so sehr von Heimatbewußtsein erfüllt, daß sie sich gar nicht mehr von den Ufern des Jordans zu trennen vermochten. Mehr als zwei Drittel der Reiseteilnehmer wählten zum Leidwesen Englands, das jede Einwanderung unterbrücken möchte, Palästina als dauernden Wohnsitz. Nur eine verschwindende Minderheit kehrte „heimgegetrennt“ nach Polen zurück. England hat jetzt die Visumsausstellung unterbunden, wenn nicht die Gewähr der Rückkehr gegeben ist. Im übrigen hofft es, durch diplomatische Schritte bei der polnischen Regierung die unerwünschten Gäste doch noch wieder auszuweisen.

Eingefandt.

Für den unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernehmen wir nur die pressegesetzliche Verantwortung.

In der Ausgabe dieser Zeitung vom 6. Dezember lese ich einen Artikel über das Konzert des Homburger Männergesangsvereins. In diesem Bericht wird gesagt, daß genannter Verein als alleiniger Konzertierrender davon absteht, auf Gesangswettstreiten sich einen goldenen Pokal oder ähnlichen Land zu erkämpfen. Als alter Sänger kann ich diese abfällige Beurteilung über die sich an Sängerkonkurrenzen beteiligenden G. V. nicht unwillkürlich lassen. Da der Artikelschreiber den Homburger G. V. als alleinigen Konzertierrenden Verein bezeichnet, scheint er mit der Art der Betätigung hiesiger Vereine nicht vertraut zu sein, denn erst vor kurzem gab der G. V. Viederkranz, Airdorf, sein Herbstkonzert, und fast jedem Kinde ist bekannt, daß der Arb. G. V. Volkschor alljährlich ein Frühjahrs- und Herbstkonzert gibt. Entweder ist der Schreiber des Artikels in Homburg fremd, oder ich muß annehmen, daß alle anderen G. V. außer M. G. V. Homburg für ihn nicht existieren.

Der Schreiber erlaubt sich nun noch über alle G. V., die sich an Gesangswettstreiten beteiligen, ein degradierendes Urteil zu fällen, als er schreibt, sie fingen für „Land“. Jeder Sänger, der die außerordentlichen Schwierigkeiten kennt, die auf Gesangswettstreiten an die teilnehmenden Vereine gestellt werden, fragt sich: „Ist der Artikelschreiber überhaupt Sänger, oder hat er schon einmal so einen Wettstreit miterlebt?“ Weiß er denn überhaupt, was notwendig ist, um solchen „Land“ zu erringen? Ich möchte ihn dahingehend unterrichten, daß zur Erringung dieses Landes „Punkte“ notwendig sind. Wie schwer es ist, die nötige Anzahl Punkte zu erreichen, will ich an dieser Stelle an Hand des Gesangswettstreites Viederkranz, Airdorf, dartun. Das Resultat genannter Veranstaltung sah folgendermaßen aus:

1. Stadtklasse:

Klassen-	Ehren-	höchstes	Gesamt-
fingen	singen	Ehrensing.	ergebnis
Punkte	Punkte	Punkte	Punkte
MGB. Amicitia, Eupen	376	185	302
MGB. Bad Homburg	286	133	282
MGB. Schwabheim	322	163	295
MGB. Effen-Muhr	355	184	331

An diesem Ergebnis erkenne Sie, wie notwendig zum Erringen von „Land“ gerade diese Punkte sind, und mögen Sie aus obigem Beispiel entnehmen, daß „ein alleiniger Konzertierrender Verein“ noch lange nicht fähig ist, auf Gesangswettstreiten auch nur den allergeringsten „Land“ zu erringen, denn dort hat der Fachmann das Wort.

Soweit ich unterrichtet bin, hält der Mattheische Männerchor „Concordia“-Airdorf im kommenden Sommer sein 75jähriges Vereinsjubiläum verbunden mit einem nationalen Wettstreit, ab. Da der Mattheische Männerchor es dabei an den dazu üblichen Konzerten nicht fehlen läßt, möchte ich dem Artikelschreiber anempfehlen, sich diese Konzerte anzuhören, damit er endlich einmal einen Begriff von dem künstlerisch hohen Niveau eines solchen Konzertes erhält, das von wettstreitenden Vereinen ausgeführt wird. Sollte dieser Wettstreit stattfinden, so werden d. d. daran teilnehmenden Vereine zeigen, daß zwischen Konzert- und Wettgesang ein himmelweiter Unterschied ist.

Ein erfahrener Wettstreitbesucher.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag:
Fritz W. A. Krägelbrink, Bad Homburg, Telefon 2707
Druck und Verlag: Otto Wagenbreth & Co., Bad Homburg

Einführung eines „Postguts“.

Verbilligte Paketsendungen frei Haus.

Berlin, 14. Dez. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beschloß heute im wesentlichen mit lauten den Angelegenheiten. Der Reichspostminister kündigte an, daß die Post für den Massenpaketverkehr zwischen großen Orten eine gegenüber dem Postpaket etwas verbilligte Klein- und Sendung bis zum Höchstgewicht von sieben Kilogramm einführen wolle, die die Bezeichnung „Postgut“ erhalten soll. Eine Unterbietung anderer Verkehrsunternehmungen ist nicht beabsichtigt. Der Tarif ist als frei-Haus-Tarif gedacht; Zustellgebühren werden nicht erhoben. Die neue Sendungsart soll zunächst versuchsweise eingeführt werden, sobald die Vorbereitungen beendet sind.

Der Verwaltungsrat genehmigte sodann eine Verlängerung der Fristen für die erleichterte Wiedereinrichtung gefährdeter Fernsprechanstalten.

Zwei furchtbare Eisunglücke.

Sechs Kinder im Altrhein eingebrochen und ertrunken.

Rogheim, 13. Dezember.

Ein furchtbares Unglück ereignete sich Dienstag auf dem Altrhein bei Rogheim, auf dem die Räfte der letzten Tage bereits Eis gebildet hatte. Eine Anzahl Kinder wollte sich auf der Eisdecke tummeln, die aber plötzlich auseinanderbrach, so daß sechs Kinder einbrachen und ertranken. Fünf von ihnen waren Mädchen und ein Junge im Alter von 8 bis 15 Jahren.

gehören der Familie Weinj in Rogheim.

Das 15jährige Mädchen hatte sich an das Ufer des Alt- rheins retten können und versuchte nun, seinen Geschwistern Hilfe zu bringen. Dabei wurde es aber von einem der Ge- schwister, das sich an es geklammert hatte, wieder in den Alt- rhein gezogen und mußte ebenso wie seine Geschwister er- trinken. Das sechste Kind, das ertrunken ist, ein Junge, ge- hört der Familie Graber und ist acht Jahre alt.

Die auf so furchtbare Weise ums Leben gekommenen Kinder hatten um 12 Uhr die Schule verlassen und befanden sich auf dem Heimweg, wobei sie den Altrhein entlang gin- gen. Etwa 50 Meter von der elterlichen Behausung begaben sich die Weinschen Kinder sowie die siebenjährige Gisela Graber, deren Eltern ebenfalls in unmittelbarer Nähe woh- nen, auf die etwa zwei bis drei Zentimeter dicke Eisdecke des Alt- rheins. Als die Kinder etwa 30 bis 40 Meter vom Ufer entfernt waren, brachen plötzlich zwei von ihnen ein. Da sich das Unglück um die Mittagszeit ereignete, weilte keine er- wachsene Person in nächster Nähe. Etwa 150 Meter von der Unfallstelle entfernt arbeitete ein Mann, der auch die Hilfe- rufe der Kinder hörte;

als er hinzueilte, war es bereits zu spät.

Das älteste der Mädchen, die 15jährige Helene Weinj, rettete sein dreijähriges Schwesterchen, das sich ebenfalls auf dem Eis befand, ans Ufer; bei dem Versuch, den anderen Ge- schwistern zu Hilfe zu kommen, wurde es von einem der Ge- schwister, das sich an die 15jährige geklammert hatte, wie- der ins Wasser gezogen und ertrank ebenfalls. Das gerettete Kind sprang sofort nach Hause und benachrichtigte die Eltern, die aber nur noch die offene Bruch-

stelle fanden. An der Stelle, an der sich das Unglück ab- spielte, ist der Altrhein etwa fünf bis sechs Meter tief.

Fünf Kinder in der Mosel ertrunken.

Selheim a. d. M., 11. Dezember.

Fünf Kinder, die sich Dienstag nachmittag auf einem zu- gefrorenen Tümpel an der Mosel tummeln, sind ertrun- ken. Einer Anzahl von Erwachsenen war es gelungen, fünf andere Kinder, die ebenfalls durch die Eisdecke eingebrochen waren, zu retten.

Eisenbahnunglück im Göltsch-Tunnel.

Bern, 14. April.

Im Göltsch-Tunnel bei Luzern stieß Dienstag nachmittag der Personenzug Luzern-Bellinzona mit dem Elzug Zü- rich-Luzern zusammen. Der Zusammenstoß war außer- ordentlich heftig. Mehrere Personen wurden verletzt. Wahr- scheinlich sind auch Tote zu beklagen. Die beiden Gleise sind vorläufig gesperrt. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Die Ursache des Unglücks liegt darin, daß der Elzug das Haltesignal überfuhr, die für die Fahrt des Personen- zuges gestellte Weiche aufschloß und in den Personenzug hineintrat.

Sechs Tote, vier Vermisste.

Bis 7 Uhr abends wurden sechs Tote als Opfer des Eisenbahnzusammenstoßes im Göltsch-Tunnel geborgen. Vier Personen werden noch vermisst. Unter den Toten befinden sich die beiden Lokomotivführer.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Bad Homburg.

Holzausgabe an Wohlfahrtsunterstützungs-Empfänger.

Die erste Verlosung von Holznummern findet am Montag, dem 19. d. Mo., von vormittags 9 Uhr ab, in der Auszahlungs- stelle des Wohlfahrtsamtes im Kasernengebäude statt.

Es werden hiermit aufgerufen alle Sozial- und Klein- rentner sowie die Empfänger von Wohlfahrtsunterstützungen mit den Anfangsbuchstaben A bis G einschließlich. Die weiteren Ausgaben werden noch bekannt gegeben.

Die Abfuhr von Holz darf erst von dem der Verlosung folgenden Tage ab stattfinden und muß innerhalb 8 Tagen erledigt sein.

Es können nur solche Wohlfahrtsunterstützungsempfänger berücksichtigt werden, die am Tage der Ausgabe schon minde- stens 4 Wochen lang Unterstützung bezogen haben und einen selbständigen Haushalt in eigener Wohnung führen.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 14. Dezember 1932.
Der Magistrat. (Städtisches Wohlfahrtsamt.)



wenn Du rechtzeitig einkaufst!

DER GROSSE HERDER
12 Bände
u. 1 Welt- und
Wirtschaftsatlas

Wissen der Gegen-
wart
Fürs praktische
Leben
Rat und Führung
Für Geist und
Seele

Auskunft beim Buchhändler
oder bei Herder, Freiburg i. B.

Brennholz

aller Art liefert billigst frei Haus

Schellhoß & Popp

Bad Homburg v. d. H.,

Langstr. 11, Tel. 2001 (Rauheimer).

Sichert das Vermögen der Ehefrau

mit geringen Kosten! Urkunde für 2.50 RM
Das Eigentum der Ehefrau, auch Möbel, Klavier usw. ist unantastbar bei Vermö- gensverlust, Pfändung, Konkurs v. gegen- über den Gläubigern des Ehemannes, wenn dasselbe durch meinen Vertragse- ntwurf mit Vermögensverzeichnis gesichert ist. — Aufklärung, auch über Schenkungen usw. und Urkunde mit Anleitung zum Selbstausfüllen (ohne Notar) gegen 2.50 RM durch Zahlkarte auf Postcheckkonto Essen Nr. 20832 des

Peco-Verlag, Duisburg, Plessingstr. 20/22
— Vertreter an allen Plätzen gesucht! —

REKLAME

ist die Seele eines jeden Geschäftes!

REKLAME

bringt Ihnen sicher hohen Gewinn!

REKLAME

durch inserieren verhilft dazu!

Wollen Sie, daß Ihre Weihnachts-Reklame großen Erfolg bringen soll, so benutzen Sie die Homburger

Neueste Nachrichten

zur Veröffentlichung ihrer Geschäfts-Empfehlungen.

FRANKFURTER

KÜNSTLER THEATER

FÜR RHEIN UND MAIN

Oberursel

Montag, den 19. Dezember 1932
abends 8 Uhr, in der Turnhalle der
Turngesellschaft, Gartenstraße 4

„EINSAME MENSCHEN“

Drama in 5 Akten von Gerh. Hauptmann
Regie: Fritz Richard Werkhäuser. Bühnen- bild: Paul Schönte. Mitwirkende: Liesel Becker, Sibylle Busse, Anny Hannewald, Ruth Reimer, Olli Schütz, Max Burghardt, Alwin Emmert, Otto Reichold, Paul Roland, Fred Schroer.
Platzpreise im Vorverk. und an der Abend- kasse Mk. 2,40, Mk. 1,80 und Mk. 0,80

Werbet neue Leser!

Vertreter

für eine Fahrradpar- tasse gesucht. Bei Verlust durch Diebstahl usw. wird die Vertragssumme aus- gezahlt. Sofortiger lohnender Verdienst. Nur tüchtige Herren wollen sich melden.
Für Rückporto 3 St. 4 Bsp. Briefmarken beifügen

Reichsverband der Kleinbetriebe
Berlin SW 29.

Empfehle mein Cabriolet

(7500), auch für Ge- sellschaftsfahrten zu billigen Preisen.

W. Schuster,
Ferd.-Anlage 5
Telefon 2020.

Beim großen Reinemachen muß man sich zu helfen wissen!



Dann geht es wie am Schnürchen. Nacheinander kommen Badewannen, Waschtische, Toiletten, Böden, Fenster, Türen, Glas, Porzellan, Kristall und alles Gerät zu einem Glanz, daß einem das Herz im Leibe lacht! Für wenige Pfennige eine strahlend saubere Wohnung in der halben Zeit wie sonst! Wenn die ganze Wohnung lacht, hat sie (IMI) reingemacht!



Die schnellste Hilfe beim Großreinemachen!



Hergestellt in den Persilwerken.

Bad Homburger Neueste Nachrichten

Beilage zu Nr. 293 vom 14. Dezember 1932

Gedenktage.

14. Dezember.

1546 Der Astronom Tycho Brahe in Knudstrup geboren.
1799 George Washington, Begründer der Unabhängigkeit Nordamerikas, in Mount Vernon gestorben.
1849 Der Komponist Konradin Kreutzer in Riga gestorben.
1854 Der Radlerer Peter Halm in Mainz geboren.
1911 Roald Amundsen erreicht den Südpol.

Sonnenaufgang 7,58. Sonnenuntergang 15,52.
Mondaufgang 16,30. Monduntergang 9,41.

Die ungelöste Preußenfrage.

Noch kein Ministerpräsident in Aussicht.

Berlin, 13. Dezember.

In der Preußenfrage ist noch keine Lösung in Aussicht und in diesem Jahr auch nicht mehr zu erwarten. Nachdem die beiden nationalsozialistischen Parlamentspräsidenten des Reiches und Preußens beim Reichspräsidenten gewesen sind, nimmt man in unterrichteten Kreisen nicht an, daß es zur Wahl des Ministerpräsidenten noch in diesen Wochen kommt. Auch das Zentrum ist offenbar nicht gewillt, die Dinge zu überstürzen, nachdem der ihm besonders genehme Kandidat für den Ministerpräsidentenposten, Gregor Strasser, nicht mehr in Frage kommt.

Eine Lösung ist nicht möglich ohne Berücksichtigung der Verhältnisse im Reich. Eine Wiederherstellung des Dualismus Reich-Preußen kommt überhaupt nicht in Frage. Deshalb, so glaubt man allgemein, kommt ein neuer preußischer Ministerpräsident nur in Frage, wenn er gleichzeitig Mitglied des Reichskabinetts werden würde. Darüber ist aber bisher eine Verständigung mit den Nationalsozialisten noch nicht erzielt oder auch nur für die nächste Zukunft sichtbar geworden.

Reichsrat und Reichsregierung.

Vorbesprechung beim Reichskanzler.

Berlin, 13. Dez. Reichskanzler von Schleicher empfing den geschäftsführenden Ausschuss des Reichsrates zu einer ersten Fühlungnahme zwischen der neuen Reichsregierung und dem Reichsrat. Bei dem Empfang handelt es sich um eine übliche erste Vorstellung bei der neuen Reichsregierung. Namens des Reichsrates brachte dabei der Stimmführer Preußens, Ministerialdirektor Dr. Bracht, die Wünsche und Ansichten des Reichsrates zum Ausdruck, insbesondere, soweit es sich um grundsätzliche Fragen des Verhältnisses von Reichsregierung zu Reichsrat bzw. Ländern handelt. Nach den Erwidlungsworten des Reichskanzlers fand noch ein Gedankenaustausch statt.

Die Reichsratsitzung am Donnerstagabend wird zum ersten Male von dem neuen Reichsinnenminister Dr. Bracht geleitet werden. Er wird jedoch keine Ausführungen von politischer Tragweite machen, sondern wird solche Erklärungen dem Reichskanzler von Schleicher in seiner Rundfunkrede überlassen.

Die zerstörte Ministerhoffnung.

Das Nachspiel zum Koalitionsende in Baden.

Mainz, 13. Dez. Der ursprünglich als badischer Innenminister in Aussicht genommene Bürgermeister Dr. Kraus in Mainz, der, wie bereits gemeldet, seinen Austritt aus der Partei erklärt hat, begründete in einem längeren Schriftsatz diesen Schritt damit, daß ihm die politische Haltung der badischen Sozialdemokratie, die durch die Ablehnung des Konkordates die badische Koalition gesprengt habe, das Weiterverbleiben in der Sozialdemokratischen Partei unmöglich mache.

Die SPD. Groß-Mainz hat auf die Austrittserklärung dem Bürgermeister Dr. Kraus ein Schreiben zugehen lassen, in dem sie von seinem Entschluß Kenntnis nimmt und ihn ersucht, das ihm von der Sozialdemokratischen Partei Groß-Mainz übertragene Ehrenamt des Beigeordneten der Stadt Mainz wieder in die Hände der Sozialdemokratischen Partei zurückzulegen.

Durch die Sprengung der badischen Koalition ist Dr. Kraus bekanntlich die Erlangung des Ministerpostens unmöglich gemacht worden.

Politisches Allerlei.

Selbstmord des SA-Mannes.

Die amtlichen Ermittlungen über den Tod des SA-Mannes Groll bei Reha haben einwandfrei ergeben, daß es sich bei dem tot aufgefundenen SA-Truppenführer Groll um einen Selbstmord handelt. Ein Verbrechen liegt nach den von der Gausleitung der NSDAP. angestellten Nachforschungen nicht vor.

Einberufung der Stillhaltungskonferenz.

Albert H. Wiggin, der Vorsitzende des Ausschusses für das deutsche Kreditabkommen von 1932, kündigt nunmehr offiziell die Einberufung der in diesem Abkommen vorgesehenen Konferenz zur Revision des ablaufenden Kreditabkommens auf den 30. Januar 1933 nach Berlin an.

Neuer Bericht über die polnische Agrarfrage.

Das Ratkomitee, das in der polnischen Agrarfrage auf Grund seines vom Völkerbundsrat behandelten und vom deutschen Außenminister abgelehnten Berichtes eine endgültige Entscheidung vorbereiten soll, hat seine Arbeiten abgeschlossen. Es ist die Möglichkeit gegeben, daß der Rat noch in dieser Woche zusammentritt, um diese für die deutsche Minderheit in Polen und Pommerellen lebenswichtige Frage endgültig zu klären.

Die neuen chinesischn-russischen Beziehungen.

Ein Wortführer der japanischen Regierung erklärt, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwis-

chen Sowjetrußland und China in Japan starke Mißstimmung hervorgerufen habe. Der Kritiker sagt u. a.: „Elemente, die sehr verdächtig sind, den Frieden stören zu wollen, machen gemeinsame Sache miteinander. Japan wird sich mit Entschlossenheit gegen diese Kräfte wenden.“



„Der weiße Stod.“

In Paris wird ein Denkmal für die Blinden aufgestellt finden, das nach dem Erkennungszeichen der Blinden in Paris „Der weiße Stod“ genannt wird.

Badens Finanzlage.

Weiterer Rückgang der Reichssteuerüberweisungen. — Staatsverschlechterung um 14 Millionen.

Karlsruhe, 14. Dezember.

Finanzminister Dr. Matthes gab in einer Pressekonferenz Auskunft über die Finanzlage Badens. Eine neue Schätzung des Reiches vom 8. November bringt einen weiteren nicht unerheblichen Rückgang der Reichssteuerüberweisungen an die Länder. Der Anteil Badens, der nach dem Voranschlag 74 Millionen betragen sollte, beträgt nun 58,5 Millionen. Somit ist ein Gesamtrückgang der Zahlungen von 15,5 Millionen zu verzeichnen, von denen 4,5 Millionen zu Lasten der Gemeinden und 11 Millionen zu Lasten des Landes gehen. Statt 8 Millionen Mindereinnahmen ist mit einer Mindereinnahme von 11 Millionen zu rechnen. Dazu kommen Mindereinnahmen im Lande selbst, allerdings nicht bei den Steuern (die die Staatsansätze erreichen), wohl aber bei Gebühren und Wirtschaftseinnahmen. So bringen die Zuschüsse für einen ganz großen Ausfall von schätzungsweise 1,8 Millionen, während die Einnahmen aus der Forstwirtschaft einen Rückgang von 1,5 Millionen aufweisen.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich zunächst zwangsläufig, daß dem überraschenden Steuereinnahmen-Rückgang mit Ersparnissen allein nicht mehr zu begegnen ist. Auch in Baden mußte man deshalb, genau wie in anderen Ländern, die letzten Einnahmequellen ausschöpfen. Aus diesem Grunde hat die Fleischsteuer eine Erhöhung erfahren. Man rechnet mit einem Mehretrag von 1 Million Mark. Weitere Ersparnisse sollen erzielt werden durch die neue Umzugskosten- und Dienstfretkosten-Ordnung.

Der Minister erklärte, daß die Finanzlage nicht gestalte, irgendwelche neuen Wünsche, wie sie in der letzten Zeit aus Beamtenkreisen geäußert wurden, zu erfüllen. Nur dann, wenn wir alle neuen Ausgaben vermeiden, werde es möglich sein, ohne weitere Gehaltsfürzungen auszukommen. Auch heute wolle er zum Ausdruck bringen, daß die badische Regierung auch nicht die Absicht hat, weitere Gehaltsfürzungen durchzuführen.

Im Gegensatz zu den anderen Ländern hat man in Baden in den Monaten November und Dezember auch keine Verschiebung der Gehaltszahlungstermine der Beamten vorgenommen, die anderwärts in vielen Fällen eine Gehaltsfürzung von 8 Prozent bedeutet. Hätte man die Gehaltszahlungstermine verschoben, so hätte dies eine Ersparnis von 1,5 Millionen bedeutet. Nun ergibt sich aber für den Dezember ein Kreditbedarf von 1,5 Millionen.

Der Minister sagte zusammen, daß die Finanzlage nach wie vor sehr gespannt sei und daß wir uns irgend etwas Neues nicht leisten könnten. Wir werden uns auf absehbare Zeit weder neue Ausgaben gestalten können noch in der Lage sein, auf irgendwelche Ersparnisse und zurzeit noch vorhandene Einnahmequellen zu verwalten.

Deutschland wieder dabei.

Sitzung des Abrüstungsbüros. — Hauptauschuß Ende Januar.

Genf, 13. Dezember.

Das Büro der Abrüstungskonferenz, an dessen Sitzung zum ersten Male seit Juli wieder ein deutscher Vertreter teilnahm, hat beschlossen, dem Hauptauschuß eine Entschließung vorzuschlagen, in der das Ergebnis der Fünfmächte-Sprechung begrüßt und die Bereitschaft zu einer wirksamen Durchführung der Konferenzarbeiten ausgesprochen werden soll.

Die nächste Sitzung des Büros soll dann am 23. Januar, die nächste Hauptauschußsitzung am 31. Januar stattfinden. Im Januar wird eine Reihe weiterer Berichte der Unterausschuße abgeschlossen werden, so daß der Hauptauschuß seine Arbeiten mit der Erörterung dieser Berichte wird beginnen können. Im Anschluß daran soll der französische Delegation Gelegenheit gegeben werden, den französischen Konstruktivplan zu demonstrieren. Die Erör-

terung dieses Planes wird die Eröffnung der Debatte über die politischen Kernprobleme der Abrüstungskonferenz bedeuten.

Begleitmusik der Zahlungen.

Die neuen Schuldennoten Frankreichs und Englands.

London, 13. Dezember.

In der neuen britischen Note, die Dienstag in Washington überreicht wurde, wird erklärt, daß die Zahlungen am 15. Dezember geleistet werden. Es sei natürlich nicht beabsichtigt gewesen, durch die zweite Note Fragen aufzuwerfen, die mit der verfassungsmäßigen Stellung der amerikanischen Regierung zusammenhängen. Die britische Regierung wüßte zu unterstreichen, daß nunmehr die wichtigste Aufgabe sei, unverzüglich mit der Überprüfung der Schuldenfrage zu beginnen.

Die französische Note ersucht, wie aus Paris gemeldet wird, um sofortige Eröffnung von Verhandlungen zur Revision eines Systems, das vor allem unvereinbar sei mit der rechtlichen und tatsächlichen Lage, wie sie geschaffen sei durch das auf Antrag des Präsidenten Hoover eingeführte Moratorium sowie der dadurch erfolgten Einstellung der Reparationszahlungen. Die französische Regierung wird am 15. Dezember 19261 000 Dollar zahlen. Sie wird aber verlangen, daß diese Zahlung auf die in dem neu abzuschließenden Abkommen festgesetzten Schuldenbeträge angetechnet wird.

Die französische Note wurde in dieser Form von der Kammer nicht angenommen und daher noch nicht abgesandt.

Gegen Dezemberzahlung!

Ablehnung durch die Kammerausschüsse. — Die Regierung Herriot bedroht.

Paris, 14. Dezember.

Ministerpräsident Herriot gab den Vereinigten Kammerausschüssen für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten von dem Wortlaut der vom Kabinettsrat aufgestellten Note an Amerika und von dem von der Regierung für die Dezemberzahlung gemachten Vorbehalt Kenntnis.

Die Ausschüsse haben mit 24 gegen 9 Stimmen sich gegen die Zahlungsleistung mit den von der Regierung vorgebrachten Vorbehalten ausgesprochen.

Die meisten Fraktionen zeigen größte Abneigung gegen eine Zahlung, die lediglich von einseitigen Vorbehalten begleitet sei. Selbst innerhalb der radikalen Fraktion macht sich eine starke Opposition geltend, und ein großer Teil der Fraktionsmitglieder soll beabsichtigen, falls bei der Abstimmung Fraktionszwang geübt werden sollte, sich von der Fraktion zu trennen.

Somit steht das Schicksal des Kabinetts Herriot auf außerordentlich schwachen Füßen, da auch die Sozialisten den Antrag eingebracht haben, die Dezemberzahlung auszusagen und eine allgemeine Konferenz zur Regelung des Schuldenproblems einzuberufen.

Herriot gestürzt?

Die Kammerausprache über die Schuldzahlung.

Paris, 14. Dezember.

In der französischen Kammer wurde nach Unterbrechung der Sitzung die Entscheidung der Vereinigten Ausschüsse für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt. Diese hatten sich dahin geeinigt,

daß die Zahlung der Dezemberrate aufgeschoben werden soll, bis die Regierung der Vereinigten Staaten sich zu der Einberufung einer Konferenz zur Regelung der gesamten Schuldenprobleme bereit erklärt habe.

Die Kammer könne die Zahlung am 15. Dezember nicht einmal mit Vorbehalten mehr annehmen.

Diese Erklärung wurde auf allen Bänken mit ungeheurem Beifall aufgenommen, und man beschloß die sofortige Beratung.

Die Kammer Sitzung war in den Nachtstunden noch nicht beendet. Der Sturz Herriots stand aber bereits vor der Abstimmung fest.

Der Zwischenfall in Doorn.

Der Eindringling, ein Geisteskranker, nach Deutschland abgeschoben.

Berlin, 13. Dezember.

Die Generalverwaltung des vormals regierenden preussischen Königshauses teilt zu den in der Presse gebrachten Nachrichten über einen Vorfall im Haus Doorn Folgendes mit:

„Am Montag wurde von einem Bediensteten von Haus Doorn am hellen Nachmittag innerhalb des Parks, unmittelbar vor dem Haus, ein fremder Mann beobachtet. Der Diener hielt ihn an und fragte ihn, wie er in den Park gekommen sei und was er wolle. Der Eindringling sagte, er sei über die Umzäunung in den Park gekommen und wolle zu dem Kaiser. Der Diener brachte ihn auf die im Vorgebäude von Haus Doorn stationierte holländische Wache. Dort fand man bei dem Mann, der ein Deutscher war, einen Revolver und einen Dolch. Er erklärte, daß er sich mit dem Revolver durch Luftschüsse habe bemerkbar machen wollen, falls er den Kaiser im Park getroffen hätte. Den Dolch habe er bei sich geführt, um gegebenenfalls einen Wächter unschädlich machen zu können. Der Mann ist in Gewahrsam genommen, er macht einen geistig nicht normalen Eindruck.“

Wie zu dem Vorfall noch aus der Umgebung des ehemaligen Kaisers verlautet, soll der Eindringling bei seinem ersten Erscheinen innerhalb der Befestigung des ehemaligen Kaisers am Sonntag — er war hinter einem Auto unmerklich in den Park geschlüpft — erklärt haben, daß er „eine Botschaft von Hitler“ überbringen wolle. Man hielt ihn jedoch nicht für zurechnungsfähig und ließ ihn durch die Polizei entfernen, die ihn nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß ließ.

Die Persönlichkeit des Eindringlings konnte nunmehr festgestellt werden. Es handelt sich um einen gewissen Heinrich Ficker, der in Neuf am Rhein wohnt. Die Polizei hält Ficker für geisteskrank. Er wurde im Laufe des Tages über die deutsche Grenze abgeschoben.

Deiner Händelwerk

ROMAN VON KLOTHILDE VON STEGMANN-STEIN.

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

9. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

In dem ersten Strandkorb, der dem Seefleg zunächst stand, ließ er sich nieder.

Plötzlich hörte er aus einem der nebenstehenden Strandkörbe Stimmen.

„Ich habe es hier bald satt“, klang die eine hellere Frauenstimme, die einen etwas schrillen und ungeduldeten Tonfall hatte. „Eine Ateribee von Aget, ich hier einzuquartieren, wo sich die Fischse gute Nacht sagen. Alles alte Onkels und Tanten in dem Rast von Hotel, kein einziger vernünftiger Mann, mit dem man einen Plir anfangen könnte! Auch dieser junge Norweger scheint ein Eisbeiliger, nicht zu erwärmen.“

Die andere Frau lachte etwas spöttisch auf.

„Das hat dein guter Aget schon absichtlich so eingerichtet, daß er dich hierher einquartiert hat, Lona. Hier ist er wenigstens sicher, daß du ihm nicht untreu wirst.“

„Und er“, fragte die mit Lona Angeredete heftig zurück, „was macht er? Lebt er vielleicht wie der teufische Josef da drüben in dem Zugsbade?“

„Na, nu mach mal einen Punkt!“ sagte die eine der Frauen energisch. „Daß dich der Aget nicht heiraten kann, das hast du doch von Anfang an gewußt. Hauptsache, er gibt dir immer genug Geld. Na, und wenn er den reichen Goldfisch da drüben nicht kriegt, was wird er dir dann geben können? Nichts, mein Kind. Dann ist es aus mit den schönen Kleidern, dem Bankkonto und den Reisen und so. Also sei vernünftig! Wenn Aget sich erst die Kleine geangelt hat, dann wird er wieder flott sein. Jetzt mußt du ihn aber erst in Ruhe lassen, damit nicht irgend etwas von eurem Verhältnis durchsickert — ich finde es schon unvorsichtig, daß er von dort herüberkommt zu dir.“

„Na, er tut es ja auch kaum noch“, versetzte die andere überläufig. „In den letzten acht Tagen hat man ihn überhaupt nicht zu Gesicht bekommen. Vielleicht gondelt er mit dieser anderen jetzt rum. Mal sehen möchte ich die Gans schon, die sich da von dem guten Aget einwickeln läßt. Vielleicht fahr ich noch mal heimlich rüber.“

„Aber Lona, bist du verrückt geworden? Wenn die Familie von deiner Existenz nur etwas ahnt, ist es mit der Verlobung Effig. Sei gescheit, Lona!“

Die große Stimme der Jüngeren sagte noch etwas, und dann schwiegen die beiden.

Olas sah regungslos in seinem Strandkorb. Er hatte die eine der beiden Stimmen erkannt; sie gehörte jener aufdringlichen jungen Person, die ihm so deutliche Avancen gemacht. Und dieser Aget, von dem sie sprach — niemand anders konnte es sein als Aget Ivarsen. Zu deutlich waren alle Anspielungen auf ihn und den Kreis, in dem er sich drüben in dem Badeort G.... bewegte; zu deutlich auch die Anspielung auf den reichen deutschen Goldfisch, nach dem er angelte.

Olas Herz schrie auf in Gram und Empörung. Kein Zweifel, niemand anders war gemeint als Hilstrud. Hilstrud war das Beuteobjekt dieses gewissenlosen Mannes, der hier seine Geliebte einquartiert hatte, in dessen er das Herz eines Mädchens zu gewinnen suchte, das trotz vieler Fehler rein und vertrauensvoll war.

Das mußte verhindert werden. Er mußte Hilstrud die Augen öffnen, oder besser, er mußte diesen Schurken zur Rechenschaft ziehen, noch ehe es ihm gelungen war, Hilstrud in seine Netze zu ziehen.

Erstes Kapitel.

Gleich am kommenden Tage fuhr Olas mit dem ersten Zuge von seiner Sommerfrische ab und an den Ort, in dem er Hilstrud mit ihrer Mutter wußte.

Er hoffte, Aget zu sprechen, ohne daß Hilstrud etwas davon erfuhr.

Vom Bahnhof aus rief er das Hotel Ivarsens an. Zu seinem Schrecken hörte er, daß Aget für ein paar Tage geschäftlich verreist wäre. Also blieb nichts anderes übrig, als Hilstrud selbst zu warnen. Es widersetzte Olas auf äußerste, hinter Agets Rücken den Angeber zu spielen. Vleber hätte er ihm Auge in Auge seine ehrlose Handlungsweise auf den Kopf zugelegt. Doch nun konnte er nicht anders, wollte er nicht Mitschuld an dem unglücklichen Gescheh auf sich nehmen, das Hilstrud drohte.

In den Anlagen dem Hotel gegenüber patrouillierte Olas vorsichtig auf und ab. Es war jetzt die Stunde, zu der die jungen Leute gewöhnlich zum Bade gingen, während die älteren Herrschaften noch zu Hause blieben. Es lag Olas nichts daran, Frau Melanie zu begegnen. Was er zu sagen hatte, mußte Hilstrud allein gesagt werden. Nach etwa einer halben Stunde sah er denn auch Hilstrud durch den Vorgarten des Hotels heruntersommen und den Promenadenweg zum Strande einschlagen.

Sie ging allein. Er sah nur von hinten die schmale und elegante Silhouette ihrer Gestalt, das lichtblonde Haar, das weich unter dem weißen breitrandigen Strandhute hervorquoll. Schmerz und leidenschaftliche Sehnsucht klangen wieder in ihm auf. Er biß die Zähne zusammen. Würde er denn nie und nimmer über diese Leidenschaft hinwegkommen? Wo war sein Wille, mit dem er bisher immer sein Leben gelenkt, auch gegen sich und seine eigenen Wünsche, wenn es not tat? Hier durfte er nicht versagen!

Zu deutlich hatte Hilstrud ihm gezeigt, daß sie nichts vergessen und vergessen konnte.

Hilstrud schrak heftig zusammen, als aus dem Seitenwege des Parks Olas auf sie zukam. Aber ehe sie, zitternd vor innerer Aufregung, noch etwas zu sagen vermochte, begann Olas zu sprechen.

„Mein gnädiges Fräulein“, sagte er hastig, „ich weiß, daß es läßig ist von mir, Sie nochmals zu befehlen. Ich habe wohl gefühlt, daß Sie nicht wünschen, von mir nochmals angesprochen zu werden, aber...“

Nun hatte Hilstrud sich mühsam gefaßt. Sie warf den Kopf in den Nacken und sah Olas mit jenem eisigen, unendlich hochmütigen Blick an, der ihn schon so oft abgeschreckt hatte.

„Es scheint, daß Sie es doch noch nicht deutlich gemerkt haben, Baron Erikson, sonst würden Sie es nicht wagen...“

„Ich muß es wagen — es geht um Sie, Fräulein Hilstrud — ich möchte Sie warnen!“

„Wovor?“

„Fräulein Hilstrud“, stieß Olas hervor, „es droht Ihnen Gefahr von einem Menschen, dem Sie sich allzu vertrauensvoll gezeigt haben.“

„Sie sprechen in Rätseln, Baron Erikson“, erwiderte Hilstrud fast, „und ich bin nicht gesonnen, Sie länger anzuhören.“

„Fräulein Hilstrud“, Olas trat ihr in den Weg, „ich bitte Sie — ich muß es Ihnen sagen...“

Wie ein Schwindel erfaßte es Hilstrud. Vielleicht wollte er gutmachen, ihre Verzeihung erbitten für die Ueberheblichkeit, mit der er sie damals zurückgewiesen. Ach, schon längst war ja dieser Stolz, dieser Hochmut in ihr wie eine Mauer, die zusammenstürzen würde, sowie er daran rüttelte; aber sie brachte kein Wort über die erblaßten Lippen. Und schon sprach auch Olas weiter:

„Der junge Mann, mein Schulfreund — ich mußte ihn Ihnen damals vorstellen, er drängte mich; aber es ist seine Gesellschaft für Sie, Fräulein Hilstrud...“

„Er ist kein Ehrenmann“, wollte er noch weiterprechen, aber Hilstrud unterbrach ihn wieder. Mit wilden Augen sah sie Olas an.

Also das war der Grund, der ihn hergetrieben? Sie hatte etwas anderes, Süßeres von ihm zu hören erwartet — das Geständnis seines Unrechts, seiner Reue, seiner Liebe vielleicht. Und nun wollte er nichts anderes, als den einzigen Menschen in ihren Augen herabzusetzen, der sie zeitweilig ihren Kummer vergessen ließ. Wie abscheulich, wie niedrig, einen ehemaligen Jugendfreund in ihren Augen zu entwerten! Wie kam er überhaupt dazu, sich in diese Angelegenheit hineinzumischen, sich immer als ihr Schulmeister aufzuspielen? Vielleicht war sein Verhalten nichts anderes als niedrige Nachsucht? Nachdem sie ihn in Bremerschloß hatte abfallen lassen, gönnte er wohl dem Jugendfreund die Freundschaft mit ihr und ihrer Familie nicht? Aget hatte ja gleich zu Beginn ihrer Bekanntschaft angedeutet, wie ungern Olas Erikson ihn ihr vorgestellt.

Eine Intrige war das Ganze. Eine häßliche Intrige, wie sie diese einem Olas Erikson niemals zugehört. Immer mehr entgötterte sich das Bild, das sie von ihm im Herzen getragen. Mit harter Stimme sagte sie:

„Bitte, verschonen Sie mich ein für allemal mit Ihren Belehrungen, Baron Erikson. Im allgemeinen habe ich eine gute Menschenkenntnis und weiß, wem ich vertrauen darf. Einmal habe ich mich getäuscht — ich brauche nicht deutlicher zu werden —, aber seien Sie versichert, es wird nicht wieder der Fall sein. Und nun darf ich Sie wohl bitten, mich meiner Wege gehen zu lassen. Ich hoffe, Ihnen weder hier noch anderswo noch einmal zu begegnen.“

Olas stand noch lange da und sah auf den sonnen-glänzenden Weg, hinter dessen Biegung Hilstrud verschwunden war. Armes, irregeleitetes Kind!, dachte er bei sich. Heißer Schmerz erfüllte ihn. Aber der Schmerz war fast noch größer um ihrtwillen als um seinetwillen. Er würde Hilstrud nicht mit blinden Augen in ihr Unglück hineinrennen lassen. Wenn sie ihm auch verloren war, einem Menschen wie Ivarsen sollte sie nicht zur leichtesten Beute fallen. Wollte Hilstrud ihn nicht anhören, so mußte man sich an Hilstruds Stiefvater wenden. Kommerzienrat Bremer kannte ihn, Olas, genügend, um zu wissen, aus was für Gründen er ihm Aufklärung und Warnung bringen wollte. Er war fest entschlossen, in den nächsten Tagen direkt zu Kommerzienrat Bremer zu reisen, um ihn vor der Gefahr zu warnen, die Hilstrud bedrohte.

Kommerzienrat Bremer stand in seinem Ankleidezimmer und machte sich zur Fahrt in die nahegelegene Kreisstadt bereit. Es war ein glühend heißer Tag. Der Kommerzienrat hatte von früh an ohne Unterbrechung bis zur Mittagsstunde gearbeitet, ohne sich einen Augenblick Atempause zu gönnen. Es waren ein paar Bestellungen auf Motoren eingelaufen, die eine eilige Kalkulation und Beantwortung verlangt hatten, dazu die notwendigen Wertkonferenzen — nun fühlte er sich eigen-tümlich ermattet.

Gern hätte er sich eine halbe Stunde Ruhe gegönnt, aber es war höchste Zeit, wollte er den Zug noch erreichen. Hatte er sich doch für den Nachmittag bei dem Professor der Universität in der Stadt angemeldet, und auch bei seinem alten Justizrat, mit dem er eine Aenderung des Testaments zugunsten von Kurt besprechen wollte.

Franz, der Diener, hatte ihm vorsorglich alles zurechtgelegt und half seinem Herrn nun umsichtig und geschickt.

Schon stand Kommerzienrat Bremer fertig in einem leichten sommerlichen Anzuge, warf noch einen letzten Blick in den Spiegel und wollte gerade die Alfenmappe mit den für den Justizrat notwendigen Dokumenten ergreifen, als es klopfte.

Das Hausmädchen brachte einen dringenden Eilbrief herein. Bremer warf einen Blick darauf; es war eine unbekannte Handschrift. Er öffnete — las — seine Augen bekamen einen starken Blick, quollen vor, ein gurgelnder Laut kam aus seinem Munde.

Franz, der nebenan die Schränke schloß, fuhr erschreckt herum — er sah seinen Herrn warten. Ehe er noch entseht zuspringen konnte, fiel Bremer schwer, wie von einem Aghies gefaßt, mit einem trachenden Geräusch zu Boden.

Wenige Minuten später war der Herr des Bremerwerks, von den Händen der erschütterten Hausangestellten gehoben, auf dem Divan des Ankleidezimmers gebettet. Das unten wartende Auto jagte in die Stadt zum Arzt, ein Diener rannte hinüber zum Proturisten im Bremerwerk.

Als der Arzt nach wenigen Minuten erschien, war schon alles zu Ende. Degener hatte seinem Herrn mit zitternden Händen die Augen zugebracht. In der im Todeskrampfe zusammengekrallten Faust hielt der Verstorbene noch jenen unheilvollen Brief, in dem ein Unbekannter von ihm die Zahlung von hunderttausend Mark Spielschulden forderte, die Hans Egon von Stübben gemacht hatte.

Eine halbe Stunde später flog eine Depesche mit der Todesbotschaft zu Frau Melanie Bremer, die nichtsahnend mit Hilstrud in G.... weilte.

Die Nachricht traf sie gerade, als sich die beiden Damen zu einer Dampferpartie fertig machten und an der auch der zurückgekehrte Aget Ivarsen teilnehmen wollte. Jetzt wartete er bereits in dem kleinen Salon, der zu den Appartements der Damen Bremer gehörte. Auf dem Tische lagen zwei herrliche Strauße, der eine aus mattgelben Rosen für Frau Melanie, der andere aus zartrosa Rosen für Hilstrud bestimmt.

Aget Ivarsen ging in dem kleinen Salon unruhig auf und ab. Er hatte die Damen Bremer seit seiner Rückkehr von seiner Geschäftsreise noch nicht gesehen. Aber es war ihm berichtet worden, daß Olas Erikson unvermuted aufgetaucht war.

Das erfüllte ihn mit gehelmer Angst.

Was konnte Erikson hier gewollt haben? So viel war Aget klar geworden, daß sich etwas zwischen Olas und Hilstrud abgespielt haben mußte. Zu offensichtlich war damals Olas Verlegenheit gewesen, als er ihn an den Tisch der Bremerschen Damen führen mußte. Zu betont auch Hilstruds Ablehnung. Es mußte sich während Olas Aufenthalt als Gast auf Bremerischloß irgend etwas ereignet haben, was zu dieser Spannung zwischen ihm und den Bremerschen Damen Veranlassung gegeben. Aber, Aget wußte das aus seinen vielfachen Erfahrungen mit Frauen, gerade solche Spannungen lösten sich oft und unerwartet in Freundschaft und Liebe. Das mußte um jeden Preis verhindert werden.

Wenn es ihm jetzt nicht gelang, durch eine reiche Verlobung sich zu rangieren, dann war die Geduld seiner zahlreichen Gläubiger für immer zu Ende. Seine kurze Reise jetzt hatte ja nichts anderem gedient, als diese Gläubiger noch einmal mit dem Hinweis auf seine bevorstehende Verlobung mit der reichen Stieftochter des Kommerzienrats Bremer zum Stillhalten zu bewegen.

Schwer genug war es gewesen. Und nun sollte ihm vielleicht dieser verhaßte Erikson in die Quere kommen?

In seine Gedanken hinein ertönte ein lauter Aufschrei von drinnen. Erschreckt lauschte er. Die Tür zum Nebenzimmer wurde aufgerissen — mit freibeweißtem Gesicht erschien Frau Melanie.

„Um Gottes willen, was ist geschehen, gnädige Frau?“ fragte Aget erschreckt.

„Mein Mann!“ schluchzte Frau Melanie. „Mein Mann!“ Und sie reichte Aget ein Telegramm hin. Dann sank sie weinend in einen Sessel zusammen. Hilstrud, die aus dem Nebenzimmer nachgeekelt war, umfaßte die Mutter zärtlich.

Aget Ivarsen wandte sich ab, wie um seine Rührung zu verbergen. In Wahrheit arbeitete sein Hirn in rasender Schnelligkeit, um diese Nachricht in seine Pläne einzuordnen. Das Schicksal kam ihm zu Hilfe. Kommerzienrat Bremer war der unsicherste Faktor in seinen Berechnungen gewesen. Wenn es ihm auch gelungen war, die Bekanntschaft der Bremerschen Damen zu machen, und beide durch seine geschickte und schmeicheleische Art zu gewinnen — dem Kommerzienrat gegenüber würde er vielleicht einen schweren Stand gehabt haben, denn diesem klarblickenden Manne wäre es wirklich nicht verborgen geblieben, wie die Ivarsenschen Fabriken seit dem Tode des alten Ivarsen heruntergewirtschaftet waren.

Auch über das Privatleben des Verwerbers hätte sich der alte Bremer vermutlich sehr genau erkundigt. Kurz, allerlei Schwierigkeiten hätten ihm noch im Wege gestanden.

Al das war nun mit dieser Todesnachricht gelöst worden. Und so wurde es Aget fast schwer, seinem Gesicht den notwendigen Ausdruck der Teilnahme und des Kummers zu geben. Er mußte die ganze Kraft seiner Verstellungskunst aufbieten, als er sich nun wieder den Damen zuwandte, die sich schluchzend umschlungen hielten.

(Fortsetzung folgt.)